

Saldane, soweit er unterrichtet sei, beabsichtige Frankreich fünf Schiffsgeleiten für leistungsfähige Schiffe zu bauen; in Deutschland sollten sechs Luftschiffe gebaut sein und sechs weitere gebaut werden. Der Reichsminister fügte diesen Mitteilungen hinzu, daß die englische Regierung den Bau einer zweiten Schiffschiffe in Aldershot außer der bereits vorhandenen erwäge.

Türkei. Eine türkische Gegenrevolution, die in aller Stille einsetzte, scheint für die Jungtürken bereits recht unbehagen geworden zu sein. Ein Telegramm des Wiener Bureaus aus Konstantinopel meldet: Die islamistische Bewegung nimmt größere Dimensionen an. Umfang, Bedeutung und Folgen der Bewegung sind vor der Hand nicht abzuschätzen. Am Sonnabend fand eine großartige Kundgebung der mohammedanischen Gesellschaft und der Sofias statt. Gegen Mittag war die Sophienmoschee und ihre Umgebung von Ulemas, Sofias und Publikum, darunter auch Offiziere — meistens ältere — überfüllt. In der Moschee wurden Reden gehalten, welche in der Forderung nach Unterwerfung des islamistischen Geistes und der islamistischen Sitte gipfelten. Die Kundgebung wurde musterhaft geordnet; die Regierung hat politische und militärische Vorkehrungen getroffen. Am Sonnabend erfolgte auch die erste Nummer der neuen Zeitung „El Islam“, des Organs des Komitees „El Islam“, welches ein Zweigverein der „Mohammedanischen Union“ zu sein scheint. — Vor etwa einem Monat hatte die türkische Regierung ein Ultimatum veröffentlicht, nach dem alle Gläubiger der Warte ersucht werden, ihre Forderungen anzumelden. Bis Freitag haben die Anmeldungen dieser schwebenden Schuld die Höhe von 12 Millionen türkischen Pfund erreicht.

Nordamerika. Zum neuen amerikanischen Zolltarif wird aus Washington gemeldet: Das Repräsentantenhaus hat mit 193 gegen 178 Stimmen beschlossen, die Zahl der Wiederantragsgesetze für Zolleinrichtungen auf die Zahl von 100 zu beschränken und Wege eingeschlagen hat, sowie auf die Höhe für Zolleinrichtungen, Güter, Aufzucht und Geflügel. Die Bestimmung über die Zoll für auf Freitag nachmittags festgesetzt.

Schina. Ein neues chinesisches Naturalisationsgesetz ist am Montag veröffentlicht worden. In dem bestimmt wird, daß Angehörige des chinesischen Reiches nicht mehr das Bürgerrecht eines ausländischen Staates annehmen dürfen. Das neue Gesetz trifft ferner die Bestimmungen, daß Chinesen, die bis dahin Untertanen und Bürger anderer Staaten geworden sind, dennoch chinesische Untertanen bleiben. Diese Chinesen, namentlich solche, die in Hongkong als britische Untertanen eingeschrieben sind, werden von dieser Maßregel betroffen, unter anderen auch eine Anzahl hoher Beamter im Innern und Ausland.

Deutschland.

Berlin, 7. April. Das Kaiserpaar wird sich mit dem Prinzen Oskar, wie jetzt halbamtlich gemeldet wird, am 13. d. M., also am dritten Feiertag, von Station Wildpark aus nach Venedig begeben, wo die Ankunft am 14. d. M. erfolgt, und von wo das Kaiserpaar und Prinz Oskar auf der „Hohenzollern“ am 16. d. M. die Reise nach Korfu antreten werden.

Der Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt, der als solcher 300 000 M. Apanage jährlich bezieht, erhält nach der „Doritzer“ als Fürst von Schwarzburg-Sondershausen noch 400 000 M. Jahresapanage. Der verstorbenen Fürst Karl Günther bezog 500 000 M.

Reichstagsanker Fürst Bülow fährt fort, auf die Zustimmungsgesetze von Vereinen und Versammlungen zur Reichstagsanwaltschaft mit Ausdrücken des Dankes und der Hoffnung, für ein Zustandkommen des gesetzgeberischen Wertes zu antworten. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ registriert in ihrer letzten Nummer fünf solcher Telegrammwechsel. So erhielt der nationaldeutsche Verein für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis Annaberger ein Dankwort, in dem es heißt: „Ich hoffe und vertraue, daß die patriotische, opferfreudige Gesinnung, der Ihre Resolution zu beider Ausbruch verleiht, über alle Schwierigkeiten und widerstrebbende Sonderinteressen den Sieg davontragen wird.“

Zur Frage der Neubestellung des Kultusministeriums schreibt man von unterrichteter Seite: Die Meldung von einer Umlaufverlängerung für Herrn Dr. Hölle um zwei Monate entspricht nicht den Tatsachen. Zu einer solchen lag auch kein Anlaß vor, da der dem Minister im Dezember gewährte Urlaub ohne bestimmte Frist bis in das Frühjahr hinein reicht. Die letzten Nachrichten über Dr. Hölles Befinden lauten leider wenig befriedigend, so daß an die Übernahme einer amtlichen Tätigkeit irgendwelcher Art in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Eine Kandidatur des Handelsministers Debrauk für das Kultusministerium besteht nicht, wie man unterrichtet Kreisen zuverlässig bekannt ist. Daß die Entscheidung über die Nachfolge des Herrn Dr. Hölle sich verzögert, wird auf die späte Beratung des Kultusrats zurückgeführt. Denn man werde von einem neu ernannten Minister wieder verlangen dürfen, daß er den Gehaltsberatungen seines Ressorts als stummer Zuhörer beiwohnen, noch daß er ohne gründliche Einarbeitung dazu persönliche Stellung nimmt. Nur hierin, und nicht in der Verlegenheit um ein ein Nachfolger dürfte die Vertagung der Entscheidung liegen. — Diese offiziellen Ausführungen sind nicht ganz überzeugend, denn es ist schon öfter vorgekommen, daß Minister oder Staatssekretäre, die plötzlich ihre Ernennung erhalten hatten, von den Parlamenten bei der Beratung des Etats ihres Ressorts Schwänze erlitten mußten. So geschah es beispielsweise bei dem Staatssekretär des Reichspostamts, von Bobbelski,

obwohl dieser sogar geraume Zeit vor Beginn der parlamentarischen Verhandlungen zum Reichspostminister ernannt worden war. Wie die „Nationalztg.“ behauptet, siehe Erzengel Schmarztopf nach wie vor auf der Kandidatenliste an der ersten Stelle.

(Eine Informationsreise nach den Kolonien) wird auch der Direktor im Reichskolonialamt, Conze, antreten. Gleich nach der Rückkehr des Unterstaatssekretärs v. Lindquist aus Ostafrika, die Ende dieses Monats zu erwarten ist, wird sich Herr Conze nach Südwestafrika begeben.

(Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L.) ist am 19. d. M. nach Gera einberufen worden. Er wird sich u. a. mit einem neuen Einkommensteuergesetz und einer neuen Befolgungsvorlage zu beschäftigen haben.

(Reichstagserversammlung.) Bei der am Dienstag stattgehabten Reichstagserversammlung im 18. Hannoverischen Wahlkreis Städte-Bremervörde sind bis nachts 12 Uhr gezählt: für Dr. Hoppe (natl.) 6010 Stimmen, Rhein (Soz.) 5721, Hauptmann a. D. Klavemann (Bund der Landwirte) 4641, Dr. Böhmer (freiz. Vp.) 2296, von der Decken (Welfe) 2164 Stimmen. Das Ergebnis aus zwölf kleinen Orten steht noch aus. Es findet wahrscheinlich Stichwahl statt zwischen dem nationalliberalen und dem sozialdemokratischen Kandidaten.

(Noch einmal der Peters-Projekt der „Münchener Post“.) Der Staffellan des obersten Landgerichts München hat am Dienstag die vom verantwortlichen Redakteur der „Münchener Post“, Martin Gruber, eingeleitete Verurteilung gegen das auf 400 M. Geldstrafe und neun Zehntel der Kosten in zwei Instanzen wegen Verleumdung des Reichsfinanzrats a. D. Dr. Karl Peters lautende Urteil des Landgerichts München I vollständig verworfen.

(Zentrum und Bündler.) Dem Chefredakteur der „Dtsch. Tagesztg.“, Dr. Vertel, gefällt die Art, wie Abg. Dr. Hahn zurzeit die Umschmelzung des Zentrums betreibt, augenblicklich gar nicht. Denn in einer Stettiner Verammlung des Bundes der Landwirte warnte er seine Freunde davor, daß sie sich dem Zentrum verschreiben oder ihm zu große Zugeständnisse machen, sich ihm anverwandeln oder anbieten. Denn — das Zentrum will nicht unworden und angebetet, es wolle anders angefaßt sein: flug, besonnen. Man werde mit dem Zentrum nur mit der größten Vorsicht in Verhandlungen eintreten können. Da in Bismarck das Zentrum überhaupt keine Rolle spielt, so können diese Ermahnungen nur an eine andere Stelle gerichtet sein.

(Kaiserliche Marine.) „Hohenzollern“ ist am 5. April in Venedig eingetroffen. „Loreley“ ist am 5. April in Beirut eingetroffen. „Hulst“ „Waterland“ ist am 3. April von Tschungking an oberen Yangtse abgegangen. „Drache“ ist am 5. April von Kiel nach Sonderburg, „Möve“ am 4. April von Wilhelmshaven nach Helgoland, „Ziethen“ am 5. April von Wilhelmshaven in See, „Dresden“ am 6. April von Danzig nach Kiel aequan.

Volkswirtschaftliches.

(Die Annahme der revidierten Berner Abereinigung zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, die rüchlich im Bundesrat erfolgte, wird, wie wir hören, auch eine Abänderung unserer reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Urheberrechtlich zu Folge haben. Es wird einmal der international vereinbarte Schutze von Werken der Literatur gegen cinematographische Darstellungen in unser Urheberrecht aufgenommen werden; daneben sollen auch kinematographische Darstellungen gegen Nachahmung geschützt werden. Ferner wird ein Schutze von Kompositionen gegen Aufnahmen durch mechanische Musikinstrumente gesetzlich festgelegt werden, jedoch mit der Einschränkung, daß der Autor, falls er überhaupt eine solche Darstellung einmal zuläßt, sie auch anderen Verwerbern gegen angemessene Entschädigung überlassen muß. Eine weitere wichtige Bestimmung der Vorlage, die sich aber bereits im Rahmen unserer Gesetzgebung bewegt, ist die Ausdehnung des Schutzes gegen Überlegungen. Der Autor wird hiernach für die ganze Dauer der gesetzlichen Schutzfrist gegen Abschreibung in seines Wertes geschützt, auch wenn er nicht innerlich sein Fahren eine solche erlaubt hat. Außerdem rät in Zukunft die Bestimmung fort, daß Kompositionen gegen Reproduktion nur dann geschützt sind, wenn sie einen entsprechenden Vermerk des Verbetes tragen; der Schutze gilt vielmehr allgemein auch ohne ausdrücklichen Hinweis. Schließlich enthält der Entwurf noch die Bestimmung, daß ein Werk die gesetzliche Schutzfrist von 30 bzw. 50 Jahren in einem anderen Lande nach den Bestimmungen des Ursprungslandes genießt; hat letzteres eine kürzere Frist, so gilt diese also auch für ein anderes Land mit längerer Frist. Der Entwurf dürfte gleich nach den Osterferien im Reichstage zur Beratung gelangen.

Neuer Aufstieg des „Zeppelin 1“.

„Zeppelin 1“ ist Dienstag vormittag um 9 Uhr 20 Min. zu einer weiteren Abflugfahrt vor der Überführung nach Wies aufgetrieben und hat die Richtung nach Ravensburg eingeschlagen. In der Gondel befand sich u. a. Generalleutnant Vinsingen aus Ulm. Oberleutnant Meißner ist mit einigen Soldaten nach Konstanz gefahren; es ist daher nicht ausgeschlossen, daß dort eine Landung stattfinden soll.

Konstanz, 6. April. Als bekannt wurde, daß das Reichsluftschiff nach Konstanz kommen und auf dem Exerzier-

platz eine Landung ausführen werde, wanderte gegen Mittag eine ungeheure Menschenmenge nach dem Plage hinaus. Das Militär hatte auf ihm einen Nordost gezogen. Mittags 1 Uhr kam das Reichsluftschiff in Sicht und wurde mit Jubel begrüßt. Nach mehreren Drehungen und Wendungen über der überlinger See kam es auf den Exerzierplatz angelangt, über dem es noch einige Steueränderungen ausführte. Gegen 2 Uhr lag es sich auf die Erde nieder. Die Landung erfolgte glatt. Das Publikum brach in brandende Sordrufe aus. Die Massen drängten vor, durchbrachen den Militärorden und strömten nach oben, das Luftschiff berührte, um es bequemer besichtigen zu können. Die Offiziere des Luftschiffbataillons verließen die Gondeln nicht, sondern unterstellten sich vor dort aus mit den anwesenden Offizieren des Konstanzer Regiments. Nach etwa halbtägigem Aufenthalt stieg das Luftschiff unter dem Jubel der Menge wieder auf und schlug die Richtung nach Wangen ein.

Friedrichshafen, 6. April. Das Reichsluftschiff „Zeppelin 1“ ist um 3 Uhr 20 Minuten in Wangen wieder gelandet.

Telegraphisch wird weiter gemeldet: Friedrichshafen, 7. April. Das Reichsluftschiff „Zeppelin 1“ ist gestern um 9 Uhr 40 Min. abends aufgetrieben und hat die Richtung nach Ulm eingeschlagen. Über das Ziel der Fahrt wird strenges Stillschweigen beobachtet. Das Wetter ist günstig.

Wangenburg, 7. April. Das Reichsluftschiff „Zeppelin 1“ fuhr heute früh gegen 4 Uhr hier durch und verließ in der Richtung nach Weingarten. 6 Uhr 50 Minuten kehrte es zurück, und fuhr bis früh 10 Uhr weiter.

Wangen i. Ulla, 7. April. „Zeppelin 1“ kam 8 Uhr 30 Minuten von Tettlingen her hier durch und kreuzte über der Stadt. Es fuhr in der Richtung nach Weitingen weiter.

Nachklänge zur Münchener Feiernacht.

Interessante Beiträge zur Massenpsychologie und wertvolle Wahrheiten für künftige Verhandlungen des Reichsluftschiffes werden in der folgenden in München veröffentlichten amtlichen Kritik über das Verhalten des Publikums und des Absperrung nach der Landung des Luftschiffes durch den und gegen den Prinz-Regenten in Gefahr gebracht hat. Die herankommende aufsteigende prächtige Masse brachte nicht nur das Luftschiff, sondern auch die Gondel in die gefährliche Lage, durch den Aufbruch des bismarckischen Menschengedrange genommen, Radfahrer und Motorfahrer, die alles vor sich niederwerfen über das Feld weg eilten, zwängten sich noch mit ihren Fahrzeugen in die das Luftschiff umdrängende Menge, die sogar die letzte Absperrung der technischen Truppen überkam, nur um in unmittelbare Nähe des Luftschiffes zu gelangen, aus dessen Gondel sogar die Neugierigen herausgeholt werden mußten.

In nächster Nähe der Ballonbemannung wurde geraucht, und es herrschte die größte Unachtsamkeit. Die Katastrophe von Osterlingen war völlig vergessen in der Eile, die Neugier zu befriedigen. Erst durch das Eingreifen der Schwere Reiter gelang es, Ordnung in den Menschenhaufen zu bringen. Es wurden mehrere Personen überrollt, aber kein folgenschwerer Unfall verurteilt.

Vermischtes.

(Zu dem Veranfall auf dem Gelbbrückertrage (Eisenbahn).) Die Rechen nach dem Verbrecher, der das Raubattentat auf dem Gelbbrückertrage Eulenburg verübt hat, sind immer noch erfolglos. Der verhaftete Welfe Effer, nach dessen Wohnung bekanntlich die Polizeigebäude eingebogen sind, mußte als der Tat unverdächtig wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Daß die Polizeigebäude die Fährte nach Effer Wohnung aufgenommen hatten, erklärt sich daraus, daß der Welfe eine Kündung bezieht. Diese Tatsache greift ein Berliner Mittagsblatt auf und meint, daß in Zukunft die Polizei, um sicher zu gehen, nur noch Sündinnen in dem Kriminal-Spürdienst vermerken solle. Zugleich ist auch ein freiwilliger Feuerwehrmann, der auf den Wurf besagliche Bemerkungen gemacht hatte, verhaftet worden, mußte aber entlassen werden, da er völlig schuldig ist. Die Berliner Zeitung „Volk“ erklärt seit Montag ihre Redaktionen nach dem Verbrecher auf die Berühmte Berlin und die Wortort. Die Hausnachrichten, die sich hauptsächlich auf die Aufklärung des Mordinstrumentes betreffen, werden eifrig fortgesetzt. Im Laufe des gestrigen Vormittags erschien der Protokoll einer großen Eisenhandlung auf dem Polizeipräsidium und zeigte ein neues Handbuch vor, das erst seit einigen Wochen an Detaillisten verkauft wird. Die Seite dieses Buches ist acht Zentimeter lang und entspricht genau der Länge der dem Verbreiter Eulenburg beigebrachten Ropfmunde. Das Teil voll nun dem Gerichtschemiker Dr. Jerschik übergeben werden behufs Vergleichung mit der Länge des Verbreiters, die bei dem Überfall durchschlagend wurde. Auch soll die Eisenhandlung ermitteln, an welche Detaillisten solche Bücher verkauft wurden, um möglichst auf diesem Wege zu einer Spur zu gelangen.

(Sturm in der Elbe.) Wie dem „Morn. Dampf“ gemeldet wird, hat der Sturm, der in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag voriger Woche auch einen Wemeler Nachschiff bei Schwarzwart zum Strand brachte, an der beschriebenen russischen Kiste schwere Verwüstung an Menschenleben geübt. Aus einer Reihe von Fischerdörfern zwischen Ruff, Bolangen und Wimmerfort sind insgesamt 10 Fischerboote mit etwa 40 Mann Besatzung verlorengeworden. Zwei der Boote wurden bei Wimmerfort und eins bei Stralbeder leer auf den Strand geworfen.

(1500 russische Fischer in Gefahr.) Wie aus Riga gemeldet wird, trieb dort eine große Eisflut, auf der sich 1500 Fischer befanden, in die offene See hinaus. Nur 37 der Abgetriebenen konnten von der Scholle geborgen werden, das Schicksal der übrigen ist noch unbekannt. (Eisenbahnverbrechen.) Ein Dienstag vormittag im Osten der Stadt Berlin verübt worden. Der Eisenbahnarbeiter Heinrich Härtig, Vorpostener Straße 2 wohnhaft, ermordete seine Ehefrau Alwine Härtig in der brutalsten Weise durch Hammerhieb. Bei der Vernehmung stellte sich heraus, daß der Mörder geisteskrank ist.

(Eisenbahnverbrechen im Eisenbahnzuge) auf der Strecke Hofen-Greifen wird gemeldet: Der Stationsgehilfe Küsting wurde in einem nach Greifen fahrenden Zuge von vier Ausländern nach einem Streite um ein Mädchen ermordet und dann auf die Schienen geworfen.

Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung **Kirchen- u. Familiennachrichten.**

Charfreitag predigen:

- Bism.** Vorm. 1/10 Uhr: Superint. Bism.
- Im Anschluß** Beichte und heiliges Abendmahl. Derselbe.
- Nachm. 5 Uhr:** Diakonus Buttke.
- Im Anschluß** Beichte und heiliges Abendmahl. Derselbe.
- Stadt.** Vorm. 8 Uhr: Beichte und Abendmahl. Prediger Verschmann.
- Nachm. 1/10 Uhr:** Pastor Werther. (Predigt.)
- Im Anschluß** Beichte und Abendmahl. Derselbe.
- Nachm. 5 Uhr:** Diakonus Schollmeyer.
- Im Anschluß** Beichte und Abendmahl. Derselbe.
- Neumarkt.** Vorm. 10 Uhr: Pastor Bolt
- Im Anschluß** Beichte und Feter des heiligen Abendmahls.
- Abends 7 Uhr:** Pastor Bolt.
- Im Anschluß** Beichte und Feter des heiligen Abendmahls.
- Altenburg.** Vorm. 10 Uhr: Pastor Dettus.
- Im Anschluß** an den Gottesdienst und abends 7 Uhr Beichte und Abendmahl.
- In Reipisch** Vorm. 8 Uhr: Gottesdienst. Gottesdienst im Kirchspiel Spergau.
- Spergau.** Vorm. 8 Uhr. 1/27 Uhr Abendmahl.
- Kirchhäfendorf.** Vorm. 10 Uhr: Abendmahl.

Todes-Anzeige.

Dienstag abend 11 3/4 Uhr entschlief nach langem, schwerem Leben mein geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater, Schwelgerbrater, Onkel und Bruder, der Arbeiter

Friedrich Tauche

im Alter von 66 Jahren, was hiermit tiefbetrübt anzeigen die trauernden Hinterbliebenen: **Witwe Tauche** nebst Kindern. Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause große Ritterstraße 20 aus statt.

Todes-Anzeige.

Gestern abend 7 Uhr verschied plötzlich unsere liebe Mutter und Großmutter **Rosine Therese Schmidt** im 68. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Theodor Schmidt** Altkönig, den 7. April 1909. Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr statt.

Gemäß § 2 der Grundbesitz-Verordnung der Stadtgemeinde Weißenburg vom 4/14. Dezember 1908 bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß auf Grund des Beschlusses der städtischen Behörden vom 4/28. Januar 1909 für das Steuerjahr 1909 die Grundsteuer nach einem Satze von drei von jedem Tausend Mark des gemeinen Wertes erhoben wird. Die Erhebung von 195 Proz. der staatlich veranlagten Grund- und Gebäudesteuer kommt hierdurch in Fortfall. **Weißenburg, den 6. April 1909.** Der Magistrat.

Herrschaftl. Wohnung

von 6 Zimmern, 2 Kammern und Zubehör ist sofort wegen Verlegung zu vermieten und 1. Juli zu beziehen **Alte Ritterstraße 5.**

Wohnung zu vermieten Preis 250 Mark **Oberrichterstraße 81**

Eine kleine Wohnung, passend für einzelne Leute, zu vermieten und 1. Juli zu beziehen **Unteraltentburg 29**

Herrschaftliche 1. Etage, Gotthardstraße 30, evtl. auch geteilt, ist verlegungs halber zu vermieten und sofort oder 1. Juli d. J. zu beziehen.

Herrschaftliche 2. Etage, 7 Zimmer, Küche, Wadestube und Zubehör, zu vermieten und sofort oder 1. Juli zu beziehen. **Geibert Volkstraße 5.**

Eine Wohnung,

Etage, Kammer und Küche zu vermieten und 1. Juli zu beziehen **Reinert 5**

Freundliche Schlafstelle mit Kloß offen **Oelgrube 5**

2 Sofas, 2 Polsterstühle, 3 Stühle, 1 Küchenschrank, 1 Gaskrone (Bronze), 1 Gasflurleuchte 1 Gasboiler, 1 Füllosen, 5 Fenster 2x1 Meter billig zu verkaufen **Sefferstraße 6.**

Sie müssen nicht sagen:

„Ich möchte ein Paket Malztaffee“

sondern:

Sie müssen sagen:

„ein Paket Rathreiners Malztaffee.“

Dann haben Sie die Sicherheit, den echten und wohlschmeckenden Rathreiners Malztaffee zu erhalten.

Auf jedem Paket muß das Bild des Pfarrers Kneipp und die Firma Rathreiners Malztaffee-Fabriken stehen.

Rappelschen Büdlinge

Die ersten echten sind eingetroffen bei **Emil Wolff.**

11 Stück kleine Gänse zu verkaufen **Menschen Nr. 45.**

Kartoffeln.

75 Jentner erste-große Sorten Samen- und Speisefertigkartoffeln verkauft a Jentner 2,50—3,00 Mark **Braunsdorf Nr. 49**

Lieb haben mögen gratis Katalog versenden über das beste Kugelhügel, Prater, rat, Futter, Bräutchen, Jagdgeräte usw. **Geflügelpark i. Auerbach Str.**

Die Schönste

weisse, sammetweiche Haut, ein zartes, reines Gesicht mit vollem jugendlichen Aussehen und blendend schönem Teint erhält man bei täglichem Gebrauch der echten

Stedenpferd-Bienenmilch-Seife von **Bergmann & Co., Badeseul mit Schutzmarke: Stedenpferd.** Sch. 50 St. bei **Auguste Berger, W. Fuhrmann, Paul Berger, Oscar Leberl, Wilh. Kieslich, Franz Wirth, Reinhold Rietze und Dom-Apotheke**

NACH PROFESSOR GRAHAM'S
AMBROSIA
BROD u. CAKES
GERICKE POTSDAM
Vorsicht! der schwächste Mann schon morgens früh.
C. L. Zimmermann, Buegenstraße

Dr. Thompson's
Seifenpulver
Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen.
das beste Waschmittel.
1/2 \bar{n} Paket 15 Pfg.

Knappliche Büdlinge!

hochfein, empfiehlt **Frau B. Bönicke, Johannisstr. 8.** **Martmann & Co. Ehrenplan**

Fritz Schanze

empfiehlt garantiert reinen **Blüten-Schleuder-Honig** per 1 Pfd. - Glas 1,10 incl.

Für die Feiertage

empfehle in reichhaltiger Auswahl zu sehr mässigen Preisen: **zarte Reh-Auden, -Keulen und -Blätter, Osterlammern, feinste Fasanhähne und Heunen, Schneehühner, Puter und Putzheunen, Perlhühner, Capannen, Wachhähne, Kochhühner, Boulevard a Stück Mt. 2.- bis 2,25, feinste lebende böhmische Spiegelkarpfen, Aale, Schleiern, Sechte, frische Salatgurken, grünen Kopfsalat, sämtliche Braunschweiger Gemüse-Konserven, Rheinische Kompottfrüchte.** **Emil Wolff, Hofmarkt.**

Verlobungsanzeigen aparte Arbeiten in Formaten und Schriften, empfiehlt billigt bei schnellster Lieferung **Buchdruckerei Th. Rössner, Marktburg, Oelgrube Nr. 9.**

Richard Jetschke, Oberaltentburg 22. Zum Osterfest empfehle auf Bestellung: **11 Napfsuchen, Pfandkränze mit Marzipanfüllung, Kollfängen, Schneckenkuchen und andere Kuchenforten in jeder Preislage.** Bestellungen orbite rechtzeitig. Sämtliches Gebäck wird nur aus bestem Material hergestellt. Verwendung von nur reiner Molkerreifebutter.

Heute **Schlachtefest.** **F. Dahn, Unteraltentburg 65.**

Gartenbau-Verein.

Donnerstag den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, **Monats-Versammlung.** Der Vorstand.

Freie turn. Bereinigung.

D. T. Die Turnstunden finden regelmäßig in der **Turnhalle des 1. Bgl. Domgymnasiums** statt und zwar: **Dienstag von 6-8 Uhr Turnfrauen-Abteilung** **Dienstag von 8-10 Uhr Männer u. Jünglings-Abteilungen,** **Freitag von 6-8 Uhr Alle Herrenriege,** **Freitag von 8-10 Uhr Männer u. Jünglings-Abteilungen.** **Anmeldungen** in beiden Abteilungen entgegenzunehmen **Der Vorstand.**

Löpitz.

Den 1. Osterfeiertag **Abendunterhaltung** mit darauffolgendem **Tänzchen.** Es ladet ergebenst ein **Albert Schmidt.**

Schlachtefest. **A. Leine, Sand 22.**

Pension

wird für Gymnasialisten gesucht, am liebsten wo älterer Genußloft in der Familie ist. Zu erfragen bei Herrn **Brendel, Gottschalkstraße 2.**

Suche zu meinen Söhnen **Lehrstelle in Bauhüttenerei.** **Bedina: Fortbildungsschule** **Wagn. u. B. 1115 a. Ann. Exped. Alt. Gründer, Halle a. S.**

Ein Hausbursche

von 14-15 Jahren sofort gesucht **Sellnerstraße 6.**

Einen Tischlergesellen

stellen sofort ein **Meyer & Koppmann, vorm. Schindlers Tischlerei.**

2 Frauen zur Gartenarbeit

sofort gesucht **C. Henseckel, Leinhardtstraße 12.**

Suche sofort ältere tüchtige **Hausmädchen**

in vorzügliche Stellung. **Frau Doris Wengler, Stellenvermittl. Breitenstraße 10.**

Kräftiges Mädchen,

seht schulentauglich, für nachmittags gesucht **Wittenbergstraße 57 II.**

Jüngere Aufwartung

an 3 Wochentagen gesucht **Oelgrube 89 I.**

Zur Reichsfinanzreform.

Bekanntlich war eine in der letzten Sitzung des freisinnigen Landesauschusses für das Großherzogtum Hessen gewählte Kommission kürzlich in Berlin, um mit den freisinnigen Fraktionen wegen ihrer Haltung in der Weinfsteuerfrage Rücksprache zu nehmen. In einer Verantwortung zu Mainz machte Pfarrer Kroll, der Mitglied der Kommission gewesen war, über das Ergebnis dieser Besprechung folgende Mitteilung: Die Fraktionsgemeinschaft ist einstimmig gegen eine Flaschensteuer, also auch gegen die derzeitige Vorlage der Regierung. Ein namhafter Teil der Fraktionsgemeinschaft, darunter vor allem die Süddeutschen, ist gegen eine Weinfsteuer in jeder Form. Ein Teil der norddeutschen Abgeordneten wäre nicht abgeneigt, für eine Weinfsteuer zu stimmen, wenn die Gewähr gegeben ist, daß diese auf die Konsumten abgewälzt werden kann. Die Hauptaufgabe der Deputation ging deshalb dahin, der Fraktion nachzuweisen, daß es keine Form der Weinfsteuer gibt, die nicht auf den Weinbauer zurückgewälzt wird. Das ist ihr soweit gelungen, daß der Fraktionsvorsitzende versichert, er habe sich von der Richtigkeit dieser Angaben überzeugen lassen. Daß der Bloß eine Weinfsteuer auf die Weine bringt, kann als ausgeschlossen gelten. Zweifelhaft ist nur die Stellung des Zentrums, das sich bei der Kommissionsabstimmung befanntlich der Stimme enthalten hat. Machen die Konservativen im Verein mit dem Zentrum die Finanzreform, denn rückt auch die Gefahr einer Weinfsteuer wieder näher.

Wie nach der „Hess. Ztg. Wochenschrift“ verlautet, sind die nationalliberalen Abgeordneten Graf Oriola und Frh. v. Heyl auch jetzt noch entschiedene Gegner der Nachlasssteuer wie der Erbschaftsteuer, stehen also damit in einer Frage, die die politische Gesamthaltung der Partei aus tiefster berührt, im schärfsten Gegensatz zur nationalliberalen Partei. Weiter hat sich Frh. v. Heyl neuerdings wiederum als der Urheber von Besprechungen gezeigt, die dazu führen sollen die Regierung des Großherzogtums Hessen in immer größere Abhängigkeit von der ersten Kammer zu bringen und damit zugleich die Bedeutung der zweiten Kammer noch mehr herabzudrücken. „Wissen wir die nationalliberale Partei auch weiterhin mit dem Herrn Grafen Oriola und Frh. v. Heyl identifizieren oder wird die Partei unzuwiderstehen zu erkennen geben, daß sie mit der Politik dieser Herren nichts zu tun hat?“ So fragt etwas neugierig die oben genannte Zeitschrift. Wir fürchten, sie wird keine oder nur eine ausweichende Antwort erhalten.

Die Deutsche Mittelstandvereinigung rebelliert gegen die konservativen wegen deren Haltung zur Nachlasssteuer. In der „Dtsch. Mittelstandztg.“, der bisherigen „Dtsch. Volkspost“, erlöst die Deutsche Mittelstandvereinigung, gez. Rabardt und Siedmann, und die Mittelstandvereinigung im Königreich Sachsen, gez. Unrath, einen fulminanten Aufruf, in dem zur Beschickung des Allgemeinen Deutschen Mittelstandstages am 3. Dierstage in Berlin eingeladen wird. Der Aufruf erklärt unter Bezugnahme auf den Bund der Landwirte und die bisherigen Abstimmungen der Konservativen in der Finanz- und Steuerkommission:

„Wenn der Mittelstand im Interesse der so notwendigen Festigung der Verhältnisse des Reiches bereit ist, ein Opfer auf sich zu nehmen, so muß es andererseits sehr niederdrückend und direkt peinigend wirken, daß sich eine Klasse der Besitzenden ihrer Pflicht gegenüber dem Reich zu entziehen sucht durch entschlossenen Widerstand gegen die Nachlass- bezw. Erbschaftsteuer, also gegen die einzige Steuerreform, die den Mittelstand und die unzulänglich bemittelten Bevölkerungsschichten nicht trifft und die eine Abwägungsmöglichkeit für die Betroffenen nicht bietet. Angesichts dieser unbedingten Opposition muß mit Entschiedenheit darauf hingewiesen werden, daß rein stützende Gründe und die Wahrung der Gleichgewichts in der Verteilung der Steuerlasten es erfordern, auch den einkunftsreichen Besitz, das mobile und immobilistische Kapital heranzuziehen. Der Mittelstand kann daher von der Forderung einer Befreiung des Vermögens durch eine Befreiung der Erbschaft unter keinen Umständen abgeben, weil eine Ablehnung einer solchen Befreiung eine Erhöhung der Matrifularbeiträge der Einzelstaaten befürchten läßt. Trift diese ein, dann läßt sich eine Befreiung der Einkommensteuer in Höhe von 30-4 Prozent nicht vermeiden. Da man hierbei die unteren Einkommen freistellen mußte, würde es abermals der Mittelstand sein, der in der Hauptzahl die hundert Millionen zu zahlen hätte. Mit wachsender Unzulänglichkeit muß der stützende Mittelstand zusehen, daß seine wirtschaftlichen Lebensinteressen hinter mußlos parteipolitische Erwägungen und hinter die Forderungen jener Gesellschaftsklassen zurücktreten müssen, die über eine feste Organisation verfügen. Will der stützende Mittel-

stand nicht jede Bedeutung im öffentlichen Leben verlieren und will er seinen wirtschaftlichen Niedergang aufhalten, dann muß er die Verteilung seiner eigenen wirtschaftlichen Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und zeigen, daß er noch eine Macht ist, mit der je nachdem rechnen muß!“

Diese Erklärung ist sehr bitter für die Konservativen, die bisher stets behauptet haben, daß sie den Mittelstand im Parlamente am besten vertreten. Jetzt aber müssen sie es erleben, daß ihnen ihre stützliche Anhängererschaft den Gehorham fundiert, ein Ereignis, das übrigens nicht nur der „Reichsbote“, sondern auch die „Kreuzztg.“ schon hatten kommen sehen. Besonders interessant ist diese Kundgebung deshalb, weil von den drei Unterzeichnern der eine, Siedmann, wiederholt für die Konservativen kandidiert hat, der zweite, Rabardt, zurzeit sogar Mitglied der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses ist. Sehr neugierig sind wir darauf, wie die Wähler sich zu dem Aufruf stellen werden. Sind sie es, doch gewiss, die zum Teil mit finanzieller Unterstützung, die Mittelstandsbewegung ins Leben gerufen haben, um sich eine stützliche Schutztruppe zu sichern. Jetzt aber müssen sie wahrnehmen, daß sie eine Schlange am Busen genährt haben.

Als Erbschaftsteuer arbeitet nach dem „Frank. Anz.“ das Reichsfinanzamt vorläufig an einer Zündholz- und einer Kohlensteuer und einer Erhöhung des Kaffeesteuers. Es hat jedoch weder eine Verständigung mit den Bloßführern noch mit dem Bundesrat stattgefunden. Noch andere Steuerpläne werden erwogen, aber einstweilen geheim gehalten.

Die Rolle der beabsichtigten Anschuld möchte die „Kreuzztg.“ jetzt die Konservativen in der Reichsfinanzreformfrage spielen lassen. Sie jammert in ihrer Wochenübersicht ein Ersteltes zusammen über die bösen Liberalen und die ebenso bösen Offiziere, welche die edlen Absichten der Konservativen in ganz falschem Lichte darstellen. Die „liberalen Geheimräte“ der Regierung, so klagt die „Kreuzztg.“, hielten offenbar die Gelegenheit für günstig, die Konservativen zu spalten und dadurch deren Aararpolitik zu lähmen. Den Freisinnigen wird unter Wiedergabe aller in unzulänglichen Klatsches „Unehrlichkeit“ vorgeworfen, und mit einer staunenswerten Kühnheit wird behauptet, daß gerade das Eintreten der Liberalen für eine Nachlasssteuer aus dem „Egoismus der Besitzenden“ hervorgehe und eine „Spekulation auf den Egoismus“ bedeute. Der Verfasser der Wochenschrift der „Kreuzztg.“ hat gewiß selbst nicht geglaubt, daß diese Geisse einer verärgerten Seele in den Zeitungen ernsthaft behandelt werden würden. Da dies aber doch geschieht, so sei hiermit auch unsern Lesern von dem Gloriat Kenntnis gegeben.

Deutschland.

(Ruhe ist die erste Lehrpflicht) — so denkt auch der anhaltische Minister v. Dallwig. Deshalb hielt er am Freitag im anhaltischen Landtag eine scharfe Philippika gegen die Lehrer, die es sich erlaubt haben, ihrer Meinung über die augenblicklich zur Beratung stehenden Lehrerbeförderungsvorlage Ausdruck zu geben. Herr von Dallwig nannte das ein inlokales Verhalten, das der Stellung der Lehrer, welche sie als Beamte des anhaltischen Staates zur Regierung einnehmen, nicht entspreche. Der Minister müsse das Verhalten der Lehrer bedauern. Demgegenüber wies der freisinnige Abg. Dr. Cohn darauf hin, daß die Lehrer, die sich in der Besprechung durchaus ihres Standes würdig gezeigt hätten, nur ihr Recht als Staatsbürger ausgeübt hätten, und der liberale Abg. Vrt'l betonte, daß er eine so scharfe Kritik, wie sie der Staatsminister an dem Verhalten des Anhaltischen Lehrervereins geübt habe, bisher nur in der konservativen Presse gefunden habe. Die freisinnigen Anträge, die eine Gleichstellung der anhaltischen Lehrer mit den preussischen bezweckten, wurden gegen die Stimmen der freisinnigen Fraktion abgelehnt. Ein nationalliberaler Antrag, der immerhin noch eine gewisse Verbesserung gegenüber der Regierungsvorlage bedeutete, wurde mit einer Stimme Mehrheit angenommen. Der Staatsminister erklärte, wenn die Nationalliberalen ihren Antrag nicht bis zur dritten Lesung zurückgezogen hätten, würde die Regierung die ganze Vorlage der Lehrerbeförderung zurückziehen.

(Bei der Reichstagserversammlung in Düren-Füllich) wurden nach amtlicher Zählung im ganzen 19190 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Nitterquatschbeizler Fürst Alfred Solm-Reiser scheidt Schloß Dyd (Str.) 16594, Leppichmeier Schänbrenner-Düren (Zentrum christlich-sozial) 1272, Bid-

hauer Schack-Rölln Suchz (Soz.) 1165, Kaufmann Schwib Urterdors (Zentrum) 54 und Gutsherr Franzen-Ameln (Zentrum) 45 Stimmen. 60 Stimmen waren zerplittert. Der Zentrumskandidat Fürst Salm ist mithin gewählt.

(Bei der Reichstagserversammlung in Cochem-Adenau-Zell) wurden nach dem berechtigten amtlichen Wahlergebnis im ganzen 13531 gültige Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Weinkautsbeizler Baully (Str.) 12469 Stimmen, auf Redakteur David (Soz.) 483, auf Oberlehrer Waack (Str.) 454 und auf Parteisekretär Hofrichter (Soz.) 29 Stimmen.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 6. April. Zu Ehren des bisherigen Regimentskommandeurs des hiesigen Füsilier-Regiments, des Herrn Oberst Viktor von Kronhelm, fand gestern abend um 1/2 9 Uhr im großen Saale der Thalia-Festhalle ein Festkommers statt, der einen glänzenden Verlauf nahm. Veranstaltung des Kommerces war der Verein ehemaliger Angehöriger des Füsilier-Regiments Generalfeldmarschall Graf Blumenthal Nr. 36, dessen Vorsitzender, Herr Stopp, die städtische Festversammlung, vor allem aber Herr Oberst v. Kronhelm, der an der Spitze des gesamten Offizierskorps erschienen war, mit schwingvollen Worten begrüßte und seine Worte in ein begeistertes aufgenommenes Kaiserhoch ausklingen ließ. Nach der Begrüßungsansprache wurde ein Prolog gesprochen, an den sich der Gesang eines Chorliedes anschloß. Das Musikkorps des Infanterie-Regiments konzertierte und schuf durch seine markigen frischen Weisen bald eine lebendige Stimmung. Dem Herrn Oberst v. Kronhelm wird sicherlich der gelagte Abend, an dem es an Ovationen für den beliebten Offizier nicht fehlte, eine Quelle stetiger angenehmer Erinnerung sein. Die Vereine zogen 36er aus Berlin, Stendal und Geseleben hatten Begrüßungsdelegirte geschickt, deren Verlesung lebhaften Beifall hervorrief. (Allg. Ztg.)

† Naumburg, 7. April. Der auf dem letzten Kreisstage erstattete Verwaltungsbericht des Kreis-auschusses stellt fest, daß in gleicher Weise wie die Städte die Landgemeinden an dem Volksschulunterrichtsgesetze von 1906 schwer zu tragen haben. 21 Gemeinden unseres Kreises müssen, um ihre gesamten Gemeindebedürfnisse aufzubringen, die Staats-einkommensteuer mit 76-100 Prozent, 7 müssen sie mit 101 bis 125, 10 mit 126-150, eine sogar mit 200 Prozent Zuschlag belegen; sie müssen auch alle die Kreissteuer erheben: 9 Gemeinden durch 200 Prozent, 5 durch 170-180, 12 durch 126-150, 4 durch 101-125, 9 durch 76-100 Prozent. Außerdem erheben noch 36 Laubarbeitsteuer, 15 Biersteuer, 3 Umzugs- und 1 Hundsteuer. Dabei sind die Bedürfnisse, um deren Aufbringung es sich handelt, keineswegs übertrieben. Nur eine Gemeinde von den zusammen 39 Wirtschaften in ihrem Haushalte mit über 10000, 2 mit 8-9000, 5 mit 6-7000, 6 mit 4-4500, 7 mit 2-2500, 4 mit 100-1500 Mark, 2 haben sogar weniger als 1000 Mark aufzubringen.

† Wernigerode, 6. April. Die diamantene Hochzeit begeht am heutigen Montag das Rektor Schürzige Ghepar in better Gesundheit. Der Jubilar kam im April 1867 von Warby, wo er Seminarlehrer war, hieher und hat bis 1895 als Rektor der Mittel- und Volksschule vorgestanden.

† Nordhausen, 6. April. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Erzellenz von Hugel, hat in Begleitung des Landrats Schaaper das Abergeschwimmgebiet des benachbarten Wippertales im Kreise Graßhauß Hofenstern zur Beschickung der durch das Hochwasser verursachten Schäden bereist.

† Lichtenfels, 6 April. Im benachbarten Orte Seubelsdorf hat sich die Monumentochter Anna Dorisch erhängt. Sie sollte wegen Kindes tötung verhaftet werden. Unter dem Verdachte der Mitschuld wurde der Tagelöhner Michael Freymanu verhaftet.

† Gotha, 5. April. Im vergangenen Monat wurden im hiesigen Krematorium 52 Tote durch Feuer befeuert. Seit Errichtung des Krematoriums wurde nunmehr an 5577 Leichen die Feuerbestattung vollzogen. — Der herzogliche Hof, welcher seit Oktober vergangenen Jahres hier revidierte, hielt am Sonnabend nach Koburg über, um den Sommer hindurch dort zu residieren.

† Leipzig, 5. April. Der neue gewaltige Bau des Handelshofes in Leipzig, der an der Stelle, wo zuvor der alte Burgfeller, wohl die älteste Kränzhütte Leipzigs, und etwa ein Duzend anderer Gebäude gestanden, von der Stadtgemeinde im Zentrum der Stadt zu Weßzwecken errichtet worden ist, naht seiner Vollendung.

† Erfurt, 7. April. Unter dem Verdacht, die kürzlich angehaltenen falschen Hundertmarkscheine angefertigt und in Umlauf gesetzt zu haben, wurde heute auf Anordnung des Untersuchungsrichters der Kunstmalen Gustav Solle in Untersuchungshaft genommen worden. — Im Januar und Februar d. J. wurden hier und in Alversgehöfen wiederholt große Diebstähle von Kupferdraht verübt. Das gestohlene Gut gehörte teils der Telegraphenverwaltung der Oberpostdirektion Erfurt, teils der Erfurter elektrischen Straßenbahn. Durch die Leipziger Kriminalpolizei gelangte nun dieser Tage die Meldung hierher, daß dort bei einem Altwarenhändler Kupferdraht beschlagnahmt worden sei, der vermutlich gestohlen sei. Das Landratsamt Erfurt sandte sofort einen Polizeikommissar aus Alversgehöfen nach Leipzig, der dann auch alsbald den Fehler ermittelte und feststellte, daß ein Teil des Drahtes in Leipzig, ein anderer in Marzfanstadt verkauft worden war. Im Anschluß daran gelang es auch, in Erfurt, Alversgehöfen und Hitzersleben die aus fünf Personen bestehende Diebesbande dingfest zu machen, die den Kupferdraht entwendet hatte. Das bis jetzt beschlagnahmte gestohlene Gut besitzt einen sehr beträchtlichen Wert und war um einen Spottpreis an Altwarenhändler verkauft worden.

† Halberstadt, 7. April. Die Vorlage des Magistrats über eine Wertzugssteuer wurde in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten genehmigt.

† Magdeburg, 6. April. Der Etat der Stadt Magdeburg schließt bei einer Einnahme von 24 1/2 Millionen mit 1/2 Million Fehlbetrag ab, der durch eine 18prozentige Erhöhung des Kommunalsteuerzuschlags aufgebracht wird.

† Elmstedt, 7. April. Die sämtlichen Arbeiter der Braunschweigischen Kohlenwerke haben gestern morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Namentlich will die Direktion mit Rücksicht auf die bestehende Teuerung eine Lohnerhöhung gewähren.

† Rositz, 7. April. Auf dem Getreideschatz in Zschau verunglückte der 25 Jahre alte Grubenarbeiter Woyndorf von hier dadurch tödlich, daß herabstürzende Kohlenmassen ihn verschütteten und auf der Stelle töteten. Woyndorf hinterließ eine Witwe und zwei noch nicht schulpflichtige Kinder.

† Friedrichroda, 7. April. Nachdem der hiesige Kirchbauverein für die Erbauung einer neuen Kirche zu 70 000 Mark angefangen hat, glaubt man der Verwirklichung des Planes näher treten zu können.

† Eisenberg, 7. April. Die Stadtverordneten wählten den Sozialdemokraten Brückner als Schulvorstandsmitglied. Im Stadtverordnetenkollegium sitzen 6 Sozialdemokraten. — In unmittelbarer Nähe des Bahnhofes Croffen landete ein bemannter Luftballon, der in Bitterfeld aufgeblasen war. Wegen widrigen Windes mußte die geplante Nachsahrt aufgegeben werden.

† Koburg, 6. April. Der Herzog empfing gestern das Bureau des Landtags und sagte die Erfüllung aller Wünsche hinsichtlich der Erhaltung der Festungsrestaurierung, sowie unbeschränkter Eintritt zur Waise.

† Gotha, 7. April. Aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Schlacht bei Ederndorfe (5. April 1849), in welcher das damalige kurburgische Kontingent unter Herzog Ernst II. mitkämpfte, ließ Herzog Karl Eduard jedem der noch lebenden Veteranen aus diesem Feldzug sein und der Herzogin Bild mit eigenhändiger Widmung überreichen. Die Herzogin ist besonnt eine Prinzessin von Schleswig-Holstein. Jedem Bild war außerdem ein Geldgeschenk von 20 Mk. beigelegt. In den Herzogtümern Koburg und Gotha leben zurzeit noch 37 Kämpfer aus der Schlacht bei Ederndorfe.

† Kassel, 6. April. Generalleutnant v. Nieber, der Präsident des Deutschen Luftflottenvereins, konterteerte mit den hiesigen städtischen Behörden wegen Errichtung einer Luftschiffstation in Kassel. Die Gründung einer Kasseler Ortsgruppe des Luftflottenvereins soll demnächst erfolgen.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 7. April 1909.

W. Judas und seine schwarze Tat stehen morgen, am Gründonnerstag, im Mittelpunkt des christlichen Interesses und finden einmütige Verdamnung. Und in der Tat, läßt sich wohl etwas schändlicheres denken, gibt es wohl eine grauenvollere Verurteilung alles sittlichen Gefühls, als ein Verrat, von dem Jünger verübt an dem Meister? Der der Gegenwart unmissigster, dankbarster Verehrer sein sollte, wird zum Spekulationsobjekt gewissenloser schänder Geldgier gemacht, und über eine blutige Leiche hinweg greift die Judasband nach dem magerten Beutel mit dem Lohn des Verrates. So ist es wohl begreiflich, daß das christliche Gemüt in Judas den Inbegriff satanischer Bosheit und gewissenloser Selbsthätigkeit erblickt, daß manche Prediger den Judas nicht schwarz genug malen

können, und das Wort „Judas“ zum ärgsten Schimpfwort geworden ist. Aber auch der schlimmste Verbrecher hat Anspruch auf Gerechtigkeit, und die erfordert das Eingeständnis, daß Judas verkannt wird, wenn man sein Verbrechen lediglich auf Geldgier zurückführt. Allerdings ist ihm die nicht fremd gewesen, ja sie hat ihn verleitet, dann und wann einen Griff in die ihm anvertraute gemeinsame Reisetasche zu tun. „Er war ein Dieb, und trug den Beutel.“ Aber das rechte Verständnis für den ersten Akt der Jesus tragödie, der sich im Garten Gethsemane abspielt, werden wir nur gewinnen, wenn wir eine andere charakteristische Bemerkung der Evangelien heranziehen. Judas glaubte nicht, was Jesus über sein bevorstehendes Leiden und Sterben sagte, er hielt also diese Worte für ein geschicktes Mittel, Jesus seine wahren Absichten zu verbergen. Die richteten sich nach Judas Meinung auf Errichtung eines weltlichen Thrones. Unbegreiflich erschien ihm daher Jesu Untätigkeit, nachdem am Palmsonntag durch den feierlichen Einzug nach Art eines Königs ein so wiederprechender Anfang gemacht worden war. Warum zögerte er? Ohne Zweifel fehlte ihm der Mut. Da glaubte Judas, durch eine geschickt eingefädelte Verratsföndie eingreifen und den Unschlüssigen zur Tat treiben zu müssen. In persönliche Gefahr geraten, würde dieser sicher seine Energie wiederfinden. Schließlich mußte er seinem klugen Jünger, der nebenbei noch die verhassten Hohenpriester über's Ohr hieb, noch dankbar sein. So rechnete Judas. Weil alles nur als Komödie gedacht war, bediente er sich als Zeichen eines Aufstiegs, um Jesum zu beruhigen. Fürchte dich nicht, wollte er damit sagen, ich meine es nicht böse. Mit dieser Auffassung stimmt auch die Heftigkeit seiner nachherigen Weine, die ihn zum Selbstmord treibt. Weib! somit die Tat des Judas auch immer noch ein abscheuliches Verbrechen, ist sein Eingreifen in Gottes Plan auch darum nicht minder verwerflich, so wird doch das bewußt satanische aus seinem Bilde verbannt, das uns sonst veranlaßt, uns mit Grauen von dem Inbegriff aller Verworfenheit abzuwenden, als der gemeinlich Judas betrachtet wird.

Der hiesige Verein ehem. 36er hat den früheren Kommandeur des 36. Inf.-Regts., Herrn Generalmajor v. Kronhelm, zum Ehrenmitglied ernannt. Im Austrage des Vereins machte Herr Pastor Wertber beim Abschiedskommers der Vereine ehem. 36er am vergangenen Montag in Halle, an dem sich eine ganze Anzahl Mitglieder des hiesigen Vereins beteiligten, nun also Gebrütern von der Verleihung Mitteilung. Herr v. Kronhelm hat sich um die Gründung der Vereine ehem. 36er hier und in den Nachbarstädten sehr verdient gemacht, treue Kameradschaft mit diesen gepflegt und sie nach besten Kräften unterstützt.

Bei einer auf dem hiesigen Wochenmarkt am Mittwoch vorgenommenen Buttermessung wurden vier Verkäuferinnen, die aus Braunsdorf, Schottene, Trebnitz und Franleben gehörig waren, mit Butterstücken angetroffen, die ein Uniberggewicht aufwiesen. Die Stücken wurden zertrümmert und die Frauen in Polizeistraf genommen.

Wie schon in den früheren Jahren, werden wir auch in diesem Frühjahr wieder von der Elektrischen Straßenbahn Halle-Merseburg gehen, folgende Warnung bzw. Ermahnung zu veröffentlichen: Mit Eintritt der wärmeren Witterung haben namentlich die Kinder wieder mehr Gelegenheit, sich auf den Straßen und Plätzen unhexzutummeln. Es dürfte daher an der Zeit sein, zur Vermeidung von Unfällen auf die Gefahren, welchen die Kinder durch unvorsichtiges Verhalten, besonders in Straßen mit Straßenbahnlinien ausgesetzt sind, hinzuweisen. Vielleicht versuchen die Kinder, sei es beim Weg nach oder von der Schule, oder beim Spielen auf der Straße, aus Sorglosigkeit oder gar Abemut, noch vor dem fahrenden Straßenbahnwagen den Straßendamm zu überschreiten, ohne sich der großen Gefahr, welcher sie damit ausgesetzt sind, bewußt zu sein, bzw. dieselbe zu erkennen. Mit Vorbedacht laufen die Kinder auch an den äußersten Bordanten der Bürgersteige entlang, was in den Straßen, wo die Gleise nahe am Trottoir liegen, nicht ungefährlich ist. Ferner kommt es oft vor, daß sich die Kinder an die fahrenden Straßenbahnwagen anhängen und dann, nachdem sie eine Strecke mitgefahren sind, beim Verlassen des Wagens blindlings und ohne auf den übrigen Straßenverkehr acht zu geben, quer über die Straße laufen. Es dürfte sicher von guter Wirkung sein, wenn die Kinder durch die Eltern und auch in der Schule von Zeit zu Zeit entsprechend belehrt und ermahnt würden, sowohl vor Straßenbahnwagen als auch hinter denselben, sowie zwischen Fußwegen hindurch nie unbedacht die Straße zu überschreiten und in den Straßen, wo die Gleise nahe am Bürgersteig entlang führen, nicht an der äußersten Bordante entlang, sondern möglichst weit ab vom Gleise zu gehen, vor allen Dingen aber auch die Spielplätze möglichst weit von den Gleisen der Straßenbahn entfernt zu wählen.

In das Getriebe einer Maschine im Veinaer Kohlenwerk hat Niederbohle geriet am Dienstag nach-

mittag der hier wohnhafte Betriebsleiter Emil Fleischer, wobei der linke Unterarm vollständig zerquetscht wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Verunglückte sofort mittels Automobils in das Knappschaftskrankenhaus Bergmannstraße bei Halle geschafft. Hier mußte ihm am Mittwoch vormittag der linke Unterarm amputiert werden.

Abteilung von Grubenarbeitern in die Geisel. Im Geisel sind eine Reihe Bergwerksbetriebe entstanden, die ihre Grubenmäster in die Geisel hineinnieten. Zu den in Betracht kommenden Gesellschaften gehört auch die Deutsch-Obererleichte Bergwerks-Gesellschaft als Inhaberin der Veinaer Kohlenwerke. Der Landrat zu Merseburg erließ an die Gesellschaft eine Verfügung, sie solle von den Eigentümern, die mit ihrem Besitz unterhalb des Betriebes der Gesellschaft an der Geisel liegen, eine Zustimmungserklärung für das Abführen der Grubenmäster in die Geisel beibringen. Dann wurde in dem Anschreiben weiter gesagt, daß, wenn nicht die Genehmigung der „Unterteiler“ eingeholt werde, der Gesellschaft das weitere Abführen in die Geisel verboten werden würde. Die Gesellschaft betrachtete dies als eine polizeiliche Verfügung im Sinne des Landesbergwerks-Gesetzes und klagte auf ihre Aufhebung beim Bezirksausfluß in Merseburg. Der Bezirksausfluß wies die Klage als unzulässig ab. Es handelte sich gar nicht um eine angreifbare polizeiliche Verfügung, denn ein polizeiliches Einspruchsrecht ist ja erst in Aussicht gestellt worden, falls nicht die Zustimmung anderer Uferbesitzer der Geisel beibringt werde. Das Ober-Bergwerksgericht hob das Urteil auf und setzte die Verfügung des Landrats außer Kraft. Begründend wurde ausgeführt: Es liegt doch eine polizeiliche Verfügung vor, denn es sei der Gesellschaft die Auflage gemacht worden, sie solle eine Erklärung Dritter beibringen. Die Verfügung müsse schon deshalb aufgehoben werden, weil der Landrat gar nicht zu ihrem Erlaß zuständig gewesen sei. Es handelte sich hier um eine wasserpolizeiliche Angelegenheit. Bei solchen sei, wenn es sich um öffentliche Flüsse handele, die Landespolizei zuständig, die der Bergwerkspräsident verwalte. Bei Privatflüssen aber sei die Ortspolizeibehörde zuständig. Hier handele es sich um einen Privatfluß. Es wäre also die Ortspolizeibehörde zuständig. Der Landrat sei zur Ausübung der Ortspolizei nicht befugt. Es erhebe hier auch nicht aus anderen Gründen, daß er ausnahmsweise die Zuständigkeit der Ortspolizei in einem Punkte an sich gezogen hätte. Daraus folge die Aufhebung der Verfügung wegen Unzuständigkeit des Landrats.

Aus dem Merseburger u. benachbarten Kreises.

z. Radewell, 5. April. Der zu Besuch bei der Familie Zehler in Döllnitz weilende Mittelschullehrer Herr Jachmann mit Familie wurde am Sonntagabend in der Nähe des hiesigen Rittergutes auf offener Straße von drei jungen Burlichen ohne jegliche Veranlassung angegriffen und in der schändlichsten Weise gemißhandelt. Die Burlichen schlugen mit ihren Stöcken auf die Familie ein, sodaß auch Schirme und Hüte arg beschädigt wurden. Erst auf die Hilferufe der Frau J. lachten die Burlichen das Weite. Die Sache ist zur Anzeige gebracht worden.

V. Döschig, 6. April. Am 1. Mai d. J. läuft die Amtsperiode des bisherigen Ortsrichters Heinrich Seybide ab. Infolgedessen sind am vergangenen Sonnabend nachmittag die hiesige Gemeindevertretung zusammenberufen worden, befaßt mit der Wahl eines Ortsrichters für die nächsten sechs Jahre. Da der bisherige Ortsrichter wegen hohen Alters eine Wiederwahl ablehnte, mußte zu einer Neuwahl geschritten werden. Bei derselben wurde der bisherige zweite Schöppe Reinhold Ulste als Ortsrichter für die nächsten sechs Jahre gewählt. Die behördliche Bestätigung wird ihm wohl nicht versagt werden. Aber den dadurch erledigten Posten eines zweiten Schöppen wird nach erfolgter Bestätigung in einer demnächst stattfindenden Wahl durch die Gemeindevertretung entschieden werden. Der bisherige Ortsrichter Heinrich Seybide hat das Ortsrichtertamt zwölf Jahre in hiesiger Gemeinde in äußerst gewissenhafter und pflichttreuer Weise zur vollen Zufriedenheit der Behörde und der hiesigen Gemeinde ausgeübt. Möge ihm anerkennend seiner treuen Pflichterfüllung ein heiterer, ungetrübtter Lebensabend beschieden sein. — Am Palmsonntag wurden in hiesiger Kirche 20 Kinder, und zwar 11 Knaben und 9 Mädchen, konfirmiert. Die feierliche Entlassung derselben aus der Schule fand am heutigen Dienstag im Beisein des Ortschulinspektors durch den Ortslehrer statt.

Mücheln, 6. April. Die Anhaltischen Kohlenwerke, die in den letzten Jahren umfangreiche Erweiterungen ihrer Anlagen (Grube Elisabeth bei Lützen) vorgenommen haben, plant jetzt die Erhöhung ihres Aktienkapitals um 1,4 Millionen Mark auf 8 Millionen Mark. Der Erlös aus der Aktienemission soll zur Ablösung der Bankschuld in Höhe von 1 Million Mark sowie zur Verstärkung der Betriebsmittel dienen. Die neuen Aktien sind vorzugsaktien und ihre Dividende ist auf 6 Proz. begrenzt. In den letzten beiden Jahren hat die Gesellschaft zusammen 1,6 Millionen Mark neue Mittel aufgenommen, mit denen die neuen Anlagen bei Merseburg bezahmt wurden. Dort haben die Anhaltischen Kohlenwerke seiner Zeit ein ziemlich großes Braunkohlenfeld erworben, aus dem andere Bergwerks-Gesellschaften und Private an die Aufschließung der Kohlenfelder des Geiseltales heranzogen. Die dortigen Kohlenlager sind von großer Wichtigkeit, der Abbau stößt jedoch auf mannig-

Correspondent.

Bezugpreis vierteljähr. 1 Mk., monatl. 35 Pf.
Abholung v. unsern Ausgabestellen; d. Zustellung ins Haus d. unsern Abnehmer i. d. Stadt
u. auf dem Lande außerhalb derselben durch d. Post 1,20 Mk. außer 42 Pf. Postgebühren.
Einschneidemaschine d. W. u. andernfalls mit Postgebühren. — Das Blatt erscheint wöchentlich 5 mal
nur an d. Wochentagen und Mittwochs. — Nachdruck unserer Originalarbeiten nur an den bestellten
Ausgabestellen gestattet. — Für Rückgabe unangelegter Einlieferungen keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:
s. seltig. Illustr. Unterhaltungsblatt
m. neuest. Romanen und Novellen.
4. seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis:
Für die erste Beilage aber dem Hauptf. Stadt u. Kreis Merseburg
10 Pf., anderwärts 15 Pf., Stenogramm 25 Pf., Buchdruck
30 Pf. Bei langwierigen Einlieferungen halbiert. Gebote für Anzeigen
nach Vereinbarung. Für Anzeigen mit Ehrennennung besondere Berechnung.
und außerdem mit Postgebühren. — Erlaubnis zum Abdruck.
Der Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher. Letztere
Anzeigen bis 10 Uhr des Abends 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr des Abends.

№. 83.

Donnerstag den 8. April 1909.

35. Jahrg.

Die Reichsversicherungs-Ordnung.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Vereinheitlichung der sozialen Versicherung war das Ziel, das Graf v. Helldorff fast ein Jahrzehnt lang verfolgte und dessen Aufgabe sein Scheitern aus dem Amte möglich gemacht hat. Was Herr v. Weismann-Hollweg jetzt dem Bundesrat und der Öffentlichkeit in der neuen Reichsversicherungsordnung vorlegt, entspricht den letzten Anforderungen seines Vorgängers und bleibt hinter dem früheren Ziele einer einheitlichen Gesamtversicherung soweit zurück, wie oft das technisch und politisch mögliche hinter dem theoretisch und grundsätzlich wünschenswerten zurückbleibt. Das Schwerkgewicht des „historisch gewordenen“ hängt sich lähmend an den Flug des Gesetzgebungsflugzeugs. Rappent muß und wird die Prüfung der in ihren Grundzügen ja seit längerem bekannten Vorlage sich in erster Linie darauf richten, ob sie dem Ziele einer „möglichsten“ Vereinheitlichung oder wenigstens Vereinfachung der Reichsversicherungsgesetzgebung in genügender und zweckmäßiger Weise nachkommt.

Wenn auch zur Eingetretit eine genaue Prüfung der 1793 Paragraphen unter Vergleichung mit den bisherigen sechs selbständigen Gesetzen erforderlich ist, so kann doch allgemein festgestellt werden, daß in einer Reihe von Beziehungen eine Annäherung an das Ziel stattfindet:

1. Wir haben eine einheitliche Kodifikation des Versicherungsrechtes vor uns, eine Verschmelzung der Gesetze (wenn auch nicht der Einrichtungen). Das bedeutet durch Vereinheitlichung der Gesetzessprache, durch Erstreckung vieler Bestimmungen auf alle Versicherungszweige einen Fortschritt — vorwiegend natürlich, daß die Anordnung im einzelnen zweckmäßig, die Formulierung richtig und klar ist. Gerade von einer Versicherungsordnung, die von Laien gebandt werden soll, muß man Leichtverständlichkeit und Übersichtlichkeit fordern. Dann wird es wohl noch haben.

2. Der Geltungsbereich der Versicherung ist einheitlicher geworden, indem die Krankenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthöfen und Heimarbeiter, die Unfallversicherung auf weitere Handwerksbetriebe, auf privaten Kreis- und Fahrdienst ausgedehnt ist. Leider ist eine völlige Anpassung dieser Versicherung an den Geltungsbereich der Invalidenversicherung nicht geplant und auch nicht eine Beseitigung der unglücklichen Gehaltsgrenzen von 2000 resp. 3000 Mk. für die Versicherungspflicht der Privatangestellten.

3. Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige tritt eine Vereinfachung ein dadurch, daß die besondere Unfallversicherung und die Gemeindekrankenversicherung verschwinden, auch im übrigen eine Zusammenfassung der jetzigen vielen kleinen Krankenkassen angebahnt wird. (In ein anderes Kapitel gehört die neue Verteilung der Beiträge und Rechte in den Krankenkassen und die Beschränkung der freien Hilfsklassen. Weides gibt zu großen Bedenken Anlaß.)

4. Der Inanspruchnahme ist für alle drei Versicherungsarten einheitlich und auch in der ersten Instanz unparteiisch. Das ist grundsätzlich jedenfalls zu begrüßen, wenn auch gerade diese Organisationsfrage noch lebhaft umstritten werden wird. Einen liberalen Fortschritt bedeutet die Gewährung auch des vollen passiven Wahlrechts an die weiblichen Versicherter.

5. Der wichtigste (man muß leider fast sagen: der einzige) materielle Fortschritt, die Schaffung einer hochgehenden Hinterbliebenen-Versicherung, liegt in dem Rahmen einer Vereinheitlichung der Versicherung. Man hat nicht eine neue Einrichtung geschaffen, sondern Beiträge, Leistungen und Reichszuschuß der Invalidenversicherung entsprechend erweitert. Daß an Stelle der schwankenden Erträge aus den Lebensmittelpreisen feste Beiträge des Reichs gesetzt sind, ist zu begrüßen, denn es stellt die

Verordnung auf sichere Füße und macht sie nicht abhängig von dem Weibhalten der Privatversicherungs-politik.

6. Geringere Bedeutung hat die Einführung einer neuen freiwilligen Zusatzversicherung. Sie wird in ihren Beiträgen und Leistungen hoffentlich so berechnet sein, daß nicht eine falsche Mittelstandsfreundlichkeit dazu führt, die freiwillig Versicherten zu begünstigen auf Kosten der Zwangsversicherten, um deren willen das Gesetz da ist. Bei der heutigen Möglichkeit der freiwilligen Versicherung mit einem Viertel der zur Deckung des Risikos notwendigen Beiträge besteht eine solche falsche und für den Ausbau des Invalidengesetzes gefährliche Bevorzugung der freiwilligen Kletter. Ihre Vereinfachung sollte jetzt ernsthaft ins Auge gefaßt werden.

7. Auffallenderweise nennt die Vorlage unter den Mittelstandsgruppen, denen die neue Zusatzversicherung zugute kommen soll, auch die *Bermeister*, obgleich diese nach heutigem Sprachgebrauch zum neuen Mittelstande der wirtschaftlich Abhängigen, der Privatangestellten gehören. Oder will man auch der Gesamtheit der Angestellten eine neue Möglichkeit der freiwilligen Selbst- oder Weiterversicherung geben? Das wäre ein Anachronismus angesichts des Standes der Privatbeamtenfrage. Von der Privatbeamtenversicherung steht in den 1793 Paragraphen nichts. Dafür ist bekanntlich ein besonderes Gesetz in Aussicht gestellt worden. Trotzdem fällt schon bei der Versicherungsordnung die Entscheidung über eine Reihe der wichtigsten Fragen der Angestellten-Fürsorge. Es ist nun doch so gekommen, wie ich es vor zwei Jahren gesagt habe: Die Reform der Arbeiterversicherung kommt vor der Privatbeamtenversicherung, und die Streitfrage „Sonderstufe oder Ausbau des allgemeinen Gesetzes“ lautet praktisch: Sollen bei dieser Gelegenheit die Angestellten aus der allgemeinen Invalidenversicherung auscheiden? — Daß die Angestellten im Anschluß an die zweite Denkschrift des Reichsamtes auf dieses Auscheiden verzichtet haben, daß auch die neue Vorlage keine Änderung dahin enthält, gehört zu dem Erfreulichsten in der ganzen Bewegung. Die Neuordnung bringt wenigstens keine neue Verfallens-

rat 500 Mk., für sonstige Titel wurden 300 Mk. angefaßt.

Der Titel „Geheimer Kommerzienrat“ wird also stempelpflichtig so bewertet, daß er sich zwischen dem eines Fürsten und dem eines Grafen stellt. Ein gewöhnlicher „Freier“ ist aber nur halb so viel wert, wie ein „Geheimer Kommerzienrat“, ja er rangiert sogar noch unter dem „Kommerzienrat“. Man nimmt wohl an, daß in „rätlichen“ Kreisen das Geld looser sitzt als in standesherrlichen und daß man jene also auch mehr schreyen kann als diese.

Der Reichsfinanzler Fürst v. Bülow, der es ja vom bloßen Herrn von Bülow zum Fürsten gebracht hat, würde nach den jetzt in Aussicht genommenen Preisen schon 12000 Mark zu zahlen gehabt haben. Jeder Geheime Kommerzienrat, der doch zunächst auch Kommerzienrat gewesen ist, aber auch immerhin schon 8000 Mark Titel kosten eben Geld, auch wenn man sie ganz einwandfrei erwerb.

Nachträge zur Balkankrise.

Das Wiener „Zemdenblatt“ schreibt: Jemskoff hat feinerzeit die am 17. Januar 1871 von Vertretern aller Mächte unterzeichnete Vorlage des Londoner Konferenzprotokolls, worin zur Klärung eines internationalen Vertrages die Zustimmung der vertragsschließenden Teile als notwendige Bedingung anerkannt wurde, als Quelle seiner Rechtsauffassung in der bosnischen Frage bezeichnet. Rußland hat als Abvokat des 1871 aufgestellten internationalen Vertrags fungiert mit dem wesentlichen Erfolge, daß es den Mächten die Ausübung ihres Rechtes ermöglicht hat, die notwendig gewordene Klärung des Berliner Vertrages durch ihre Zustimmung zu sanktionieren. Mit dieser Tatsache verglichen, erscheint es nebensächlich, welche Form für diese Zustimmung gewählt wird. Wenn Rußland jetzt für die Form des Notenwechsels entfallen ist, ist dies nur als Kundgebung seines auf raube Beendigung der Krise gerichteten Willens mit Berücksichtigung zu begrüßen. Was Rußland, das sich durch frühere Engagements in loyaler Weise gebunden erachtete, in der bosnischen Frage erreichen konnte und wollte, hat

er sehr wünschen, daß auch Rußland angewendet hat, e Angelegenheit, die Frage und die damit zusammenhangende zu vereinigen, olg belohnt werden. Wir Aktion in diesen Angelegenheiten, da wir an ihnen nur tereffe, die Befriedigung beren, zu wahren haben.

ung der türkischen am Montag zur Beratung ungarisch-türkischen stürmisch. Mehrere Abgeertagung der Debatte auf en des Kabinetts, das die urde jedoch beschloffen, die e Deputiertenkammer hat ungarisch-türkische Entschluß Stimmen angenommen. sich der Abstimmung.

für Konstantinopel der jetzige Minister des sischen Stimmen gegen den Union, M. Kemal, Oberber 121 Stimmen erhielt.

Politische Uebersicht.

Frankreich. Die französische Marineunter-suchungskommission nahm dieser Tage den Vortrag des Generals Gohier des Directors der Marineartillerie entgegen. Der General erklärte, daß die Ausrichtungsvorläufe in den Arsenalen ausget vollständig seien.

England. Im englischen Unterhaus erklärte in Beantwortung verschiedener Anfragen über künftige Aufschiffe auf dem Seeflande Kriegsminister

Die Titel in Preußen werden

In Preußen soll bekanntlich die St höht und erweitert werden. Davon auch die Urkunden betroffen werden, Verleihung eines Titels erfolgt. Daß Steuerbeiträge, die natürlich der, der nicht ist, zu zahlen hat, durchweg steht man, wenn man einen Blick tut in die Stempelsteuerkommission des preußischen Reichstages für solche Urkunden festgelegt.

Danach wird in Zukunft zu zahlen Verleihung der Herzogswürde 10 000 Verleihung der Fürstentwürde 6000 Mk. würde 3600 Mk., der Freiherrwürde 2 000 Mk., für die Erhebung ein von Gütern zu einer Standesherrschaft, tium oder Fürstentum 12 000 Mk., für die Verleihung des Patents für einen Kammerjunker 800 Mk., für einen Kammerherrn 2400 Mk., sofern der Ernannte schon vorher Kammerjunker war, 1600 Mk. Es werden vorher festgelegt für die Verleihung des Titels Geheimer Kommerzienrat 5000 Mk., des Titels Kommerzienrat 3000 Mk., für den Titel Geheimer Kommissionsrat 1000 Mk., für den Titel Kommissions-

